

Anmerkung: Bei der SPD liegen die Nerven blank  
Beanstandeter Originaltext weiter unten. Machen Sie sich ein eigenes Bild  
Nicht die „Soziale Stadt“ wird kritisiert, sondern ziellose Verschwendung

# „Soziale Stadt“ ist kein Luxus

**Disput** Gegenschlag der  
SPD nach einem  
Flugblatt der ÖDP

Von unserer Mitarbeiterin  
Sabrina Schmidt

■ **Lerchenberg.** Haltlos, ärgerlich und substanzlos: So lautet das Fazit der SPD, die bei ihrer regelmäßigen Vorstandssitzung erstmals Stellung zu einer Flugblattaktion der ÖDP auf dem Lerchenberg bezog.

Nachdem die Ökodemokraten bereits Mitte Juli in einem Brief an Sozialdezernent Kurt Merkator (SPD) und Jugendamtsleiter Werner Acker ihren Unmut über drei Projekte aus dem Bildungsfond geäußert hatten, haben ÖDP-Parteimitglieder nun in einem Flugblatt die Maßnahmen „Die beste Schule für mein Kind“ und „Fit für die Schule“ als „unnötige Luxusprojekte“ bezeichnet. Die durch die Soziale Stadt geförderten Projekte seien verschwenderisch, undemokratisch und unnötig, so die ÖDP.

Die SPD Lerchenberg holte nun bei ihrer Vorstandssitzung zum Gegenschlag aus. Die Behauptungen der ÖDP seien „wenig sachdienlich“ und „besorgniserregend“, so die Vorsitzende Sissi Westrich. Um „sachliche Information“ zur Wirkung der in Misskredit gebrachten Projekte zu gewinnen, hatte die Sozialdemokratin daher ein Gespräch mit der Leiterin der Goethe-Grundschule, Gabriele Erlenwein, anberaumt. Erlenwein begleitet seit 2009 das Projekt „Fit für die Schule“ sowie das Elternberatungsangebot „Die beste Schule für mein Kind!“, das in Zusammenarbeit mit dem Centrum für Migration und Bildung (CMB) und dem Neustadtprojekt „Arbeit und Leben“ entstanden ist.

Erlenwein wertete die Aussagen

der ÖDP als „ganz schreckliche und schräge Argumentation“, die außer Acht lasse, was die Bildungsprojekte in der Neustadt bisher geleistet haben. „In der Goetheschule blicken wir auf einen Migrantenanteil von über 80 Prozent, viele unserer Schüler wachsen in bildungsfernen Schichten auf, manche Mütter sind analphabetisch oder haben eine sonderpädagogische Biografie. Es gibt einfach Kinder, die eine ganz andere Unterstützung brauchen“, so Erlenwein. Diese Unterstützung werde den Kindern durch das Bildungsprojekt „Fit für die Schule“ zuteil. Hier lernen die Kleinen den Umgang mit Materia-

lien und beschäftigen sich spielerisch mit Farben- und Formlehre. „Sie müssen sich das so vorstellen: Wir haben hier Kinder, die bei ihrer Einschulung mit Buchstaben, Farben, der Schule an sich, überhaupt nichts anfangen können“, beschreibt Erlenwein die Situation an der Goethe-Grundschule. „Wenn die Schule beginnt, müssen wir die Kinder einfach auffangen können.“

SPD-Vorsitzende Sissi Westrich betonte, dass sich die Lage auf dem Lerchenberg ähnlich darstelle: „Wir haben hier mit den gleichen Problemen zu kämpfen. Deshalb steht die Grundschule Lerchenberg hinter beiden Projekten.“ Auch SPD-Ortsbeiratsmitglied Prof. Detlef Baum wies die Kritik der ÖDP von sich: „Das Papier ist ärgerlich, aber substanzlos. Meine Sorge ist allerdings, dass das Programm mit diesem Papier diskreditiert wird.“ Fakt sei, so Sissi Westrich, dass viele Kinder und Familien auf dem Lerchenberg individuelle Hilfen benötigten. Mit den Projekten könne man diesem Bedarf gerecht werden. „Außerdem darf man nicht aus dem Blick verlieren, welche Folgekosten entstehen, wenn wir Kinder nicht fördern“, mahnte Erlenwein.

**Die durch die Soziale Stadt geförderten Projekte seien verschwenderisch, undemokratisch und unnötig, so die ÖDP.**

So wurde der Inhalt eines Flugblatts der ÖDP zusammengefasst

# Soziale Stadt verweigert notwendige Hilfe

## Soziale Stadt verweigert 200 Kindern und Jugendlichen die dringend notwendige Hilfe

Im dritten und letzten Förderjahr für die Bildungsprojekte auf dem Lerchenberg stehen insgesamt 160.000 Euro zur Verfügung. Davon werden lediglich 12,5 Stunden für Nachhilfe und Deutschförderung ausgegeben, obwohl über 200 der 820 Kinder und schulpflichtigen Jugendlichen dringend Hilfe benötigen für Nachhilfe und besseres Lesen, Schreiben und Rechnen. Neben 40.000 Euro Personalkosten und zahlreichen kleinen sinnvollen Projekten, werden mindestens 54.000 Euro für unnötige und nicht zulässige Luxusprojekte verschwendet:

### **29.000 Euro für zusätzliche Kooperation und Öffentlichkeitsarbeit**

„Kooperation und Öffentlichkeitsarbeit“ wird bereits durch drei hauptamtliche Kräfte <Quartiersmanagerin 50.000 Euro, Integrations- und Bildungsbeauftragter 40.000 Euro und Konfliktlöser „gelungene Nachbarschaften“ 25.000 Euro> durchgeführt und ist außerdem keine Bildungsarbeit, die Kindern und Jugendlichen direkt hilft. Die beantragten 29.000 Euro dürfen deshalb für zusätzliche Öffentlichkeitsarbeit nicht ausgegeben werden.

### **20.000 Euro für eine Doppelförderung „Die beste Schule für mein Kind“**

20.000 Euro für das Projekt „Die beste Schule für mein Kind“ ist unserer Meinung nach Luxus, da Klassenlehrer, Beratungslehrer und schulpsychologische Dienste die Schullaufbahnberatungen bereits durchführen. Das beantragte Projekt wäre demnach als Doppelförderung nicht zulässig. Daher sollte darauf verzichtet werden. Außerdem kann man mit 1000 Euro jedem beratungsbedürftigem Kind Lesen, Schreiben und Rechnen beibringen und nicht monatelang (September bis Mai) den Kindern und den Eltern klarmachen, dass es z.B. auf die Realschule Plus gehen muss oder vielleicht auf die IGS. Ohne schulpsychologische Untersuchungen sind nur schwer Entscheidungen zu treffen.

### **10.000 Euro für das Projekt „Fit für die Schule“**

5000 Euro für das Projekt Schulranzen packen und schneiden lernen („Fit für die Schule“) sind ausreichend.

Welche Projekte durchgeführt werden sollen, entscheiden laut Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ und Stadtratsbeschluss vom 29.04.2009 die Bürgergremien vor Ort, nämlich der Ortsbeirat und der gewählte Ausschuss „Soziale Stadt“. Um diese beiden Gremien auszuschalten, bildete das Jugendamt und das Sozialdezernat einen sogenannten „Bildungsfondbegleitausschuss“ nicht als Bürgerforum, sondern als Verwaltungsforum aus 8 Mitgliedern (am 05.05.2011, 5 Personen aus der Verwaltung und drei Personen aus dem Ausschuss „Soziale Stadt“, nämlich eine Mieterin, die Ortsvorsteherin und ein Soziologieprofessor), der nun die alleinige Entscheidungsbefugnis erhielt. Damit konnte die Verwaltung allein bestimmen, welche Projekte und welcher Träger etwas machen darf. Dem Ausschuss „Soziale Stadt“ Lerchenberg wurden die Projekte am 16.06.2011 mitgeteilt bzw. zur Kenntnis gegeben. Eine Diskussion darüber wurde abgelehnt, da ja nichts mehr zu ändern sei. Diese Machenschaften der Verwaltung widersprechen völlig den Regeln und vor allem dem Geist des Bund-Länder-Programmes Soziale Stadt, dessen Kern die Beteiligung und Aktivierung der Bürger vor Ort ist. Bezeichnenderweise wurden bis jetzt die Namen, Adressen, E-Mails und Telefonnummern der Mitglieder der Ausschüsse nicht herausgegeben, um offenbar jegliche Kommunikation und Eigenaktivitäten zu verhindern.

Die genannten Projekte für 54.000 Euro sollten deshalb vom Ortsbeirat Lerchenberg und Ausschuss „Soziale Stadt“ Lerchenberg nicht bewilligt werden. Schon geschlossene Verträge sind regelwidrig und müssten wieder aufgelöst werden. Das Geld muss für die über 200 hilfebedürftigen Kinder eingesetzt werden.

Brauchen wir auch auf dem Lerchenberg „Wutbürger“?

*Karlheinz A. Wunderlich*